Digitale Souveränität
So erreicht sie die Schweiz

Digitale Souveränität bedeutet für die Schweiz nicht Isolation, sondern Wahlfreiheit. Offene Lösungen reduzieren Herstellerabhängigkeiten, stärken die heimische Wirtschaft und sichern technologische Unabhängigkeit für die Zukunft.

Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump hat sich die Welt massiv verändert rund um Datenschutz und Datenzugang. Potenzielle Risiken für unsere digitale Souveränität sind plötzlich eingetreten. So sperrte Microsoft nach Trump-Sanktionen das E-Mail-Konto des Chefanklägers des Internationalen Gerichtshofs. Viele europäische Länder streben darum mehr Unabhängigkeit von amerikanischen und chinesischen Tech-Firmen an. Die geopolitische Situation ruft nach neuen, digital souveränen Alternativen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Schweiz die Fähigkeiten dazu hat. Digitale Souveränität bedeutet nicht Autarkie, sondern Zusammenarbeit und Wahlfreiheit. Sie ist kein abstraktes Juristen-Thema, sondern zeigt sich konkret in der Reduktion von Herstellerabhängigkeiten und erhöhter technologischen Flexibilität. Zudem fördert sie die Wertschöpfung in der Schweiz und schafft attraktive Arbeitsplätze.

Software-Alternativen mit offenem Code

Aufgrund einer langen Historie mit grossen Abhängigkeiten von einzelnen Herstellern funktioniert beispielsweise der Markt für die Beschaffung von Arbeitsplatzsoftware in der Schweiz nicht mehr optimal. Neue Ansätze sind gefragt. In Deutschland geht das Zentrum für digitale Souveränität (ZenDiS) diesen Weg mit openDesk, einer Open-Source-Alternative zu M365 (vgl. «Open Source Software», S. 48). Sie bietet ein einheitliches, modernes Interface und basiert auf offener Software mehrerer grosser Hersteller, die zusammengerechnet über eine Milliarde Euro investiert haben. Dank offenem Code kann die Software von unterschiedlichen Firmen angeboten werden. Das reduziert Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern und Herstellern, während gleichzeitig eine grosse Community die Weiterentwicklung vorantreibt (vgl. «Beschaffung von Open Source Software», S. 20).

In der Schweiz hat das Institut Public Sector Transformation der BFH das Netzwerk «Souveräne Digitale Schweiz» (SDS) gegründet, um solche neuen Ansätze zu unterstützen. Das Netzwerk bringt Schweizer Akteure aus Behörden, Gesellschaft und Privatwirtschaft zusammen, um digitale Souveränität zu fördern, marktfähige Lösungen zu entwickeln und den internationalen Austausch zu stärken.

Angebot von souveräner Software, Cloud und KI

Um digital souveräne Software- und Cloud-Lösungen in der Schweiz zu fördern, braucht es Organisationen, die Schweizer Produktverantwortung übernehmen, Communities aufbauen, nachhaltige Finanzierungen sichern und Anbieter bei der Entwicklung einfach beschaffbarer Angebote unterstützen. Darüber hinaus braucht es Standards und Vorgaben, damit digitale Souveränität in IT-Beschaffungen berücksichtigt wird. Für diese übergeordneten Aufgaben soll eine Schweizer Organisation geschaffen werden – inspiriert von erfolgreichen Beispielen wie dem deutschen Zentrum für digitale Souveränität oder dem Nordic Institute for Interoperability Solutions (Estland und Finnland). Digitale Souveränität betrifft auch Cloud-Stack und KI-Strategien (vgl. «Open Source AI», S. 56). Wenn Behörden einen souveränen Cloud-Stack nutzen, profitieren sie von grossen Kollaborationsvorteilen, ohne Daten zu gefährden. Setzen sie souveräne KI ein, können sie diese ohne Datenschutzbedenken direkt in den Arbeitsplatz integrieren (z. B. Videokonferenzen, Mail-Postfach) und damit grosse Effizienzgewinne erzielen.

Unsere Empfehlungen

1. Digitale Souveränität in Strategien berücksichtigen

IT- und Digitalisierungsstrategien sollten Risiken von Herstellerabhängigkeiten gezielt adressieren.

2. Ablösung von proprietären Systemen prüfen

Open-Source-Lösungen wie openDesk als Alternative zu M365 sollten evaluiert werden. Im Online-Verzeichnis «OSS Directory» (ossdirectory.com) sind kompetente Dienstleister für eine Vielzahl von Open Source Produkten porträtiert.

3. Zusammenarbeit mit anderen Behörden angehen

Um Skaleneffekte in der Informatik zu erreichen, müssen Akteure aus dem öffentlichen Sektor zusammenarbeiten. Deshalb sollte die Mitwirkung im Netzwerk SDS (netzwerksds.ch) geprüft werden.

Mehr Informationen

Kontaktmöglichkeiten und weitere Informationen zur digitalen Souveränität: bfh.ch/ipst/digitale-souveraenitaet

Kontakt

Prof. Dr. Matthias Stürmer
Institutsleiter

matthias.stuermer@bfh.ch
T +41 31 848 41 68

Pascal Stöckli
Wissenschaftlicher Mitarbeiter

pascal.stoeckli@bfh.ch
T +41 31 848 37 44